

In den nächsten Tagen werden rund 4.000 wahlberechtigte Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger eine „Wahlsendung“ in ihrem Briefkasten vorfinden, die nichts mit Wahlwerbung zu tun hat.

Der Oberbürgermeister wendet sich mit dem Schreiben vielmehr an Wahlberechtigte, deren Namen aus der Einwohnerdatenbank nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden.

Sie werden gebeten, am Tag der Bundestagswahl am 24. September 2017 als Wahlhelferin und -helfer in einem Wahlvorstand mitzuwirken.

Wiesbaden hat zurzeit rund 290.000 Einwohner, von denen etwa 190.000 wahlberechtigt sind. Um eine Stimmabgabe in der Nähe der Wohnung zu ermöglichen, ist das gesamte Stadtgebiet in 190 Wahlbezirke eingeteilt. Hinzu kommen noch 67 Briefwahlvorstände.

Für jeden dieser Wahlbezirke werden bis zu neun ehrenamtlich tätige Bürger gesucht, die zusammen einen Wahlvorstand bilden, der die Stimmabgabe und die Stimmenauszählung am Wahlsonntag kontrolliert. Dafür wird eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 35 Euro gezahlt.

Die ausgewählten Personen werden in dem Anschreiben gebeten, sich für diese ehrenamtliche Tätigkeit zur Verfügung zu stellen. Aber auch Bürger, die nicht zu den zufällig ausgewählten Personen gehören und sich dennoch für ein Wahlhelferamts interessieren, können sich an das Wahlamt, Postfach 39 20, 65029 Wiesbaden, Telefon (0611) 314501, wenden.

Übrigens sind nach den gesetzlichen Bestimmungen alle Wahlberechtigten zur Übernahme eines Wahlehenamtes verpflichtet. Es gibt nur wenige Ausnahmen, dies abzulehnen.